



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

IV. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 21. bis 23. Mai 2006 in Kiel

Das IV. Parlamentsforum hat in Kiel eine Schlussresolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg

4. PARLAMENTSFORUM SÜDLICHE OSTSEE



in Kooperation mit dem Europäischen Parlament



„DER BEITRAG DER SÜDLICHEN OSTSEEREGION
ZU EINER EUROPÄISCHEN MEERESPOLITIK“

Schlussresolution

21. – 23. Mai 2006

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Resolution
des IV. Parlamentsforums Südliche Ostsee
vom 21. – 23. Mai 2006
in Kiel

A. Für eine integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt die Absicht der Kommission, mit dem Grünbuch zur künftigen EU-Meerespolitik erstmals die Grundlage für eine integrierte maritime Politik zu schaffen. Das Forum macht sich den integrativen Ansatz des Grünbuchs ausdrücklich zu Eigen, um günstige Rahmenbedingungen für eine wachstumsorientierte, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion zu schaffen. Dafür ist ein maritimes Bewusstsein unverzichtbar, aus dem sich basierend auf der Geschichte der Regionen eine neue meeresbezogene Identität entwickelt und durch die die besonderen Potenziale der Region entdeckt und genutzt werden.

Nach Auffassung des Parlamentsforums Südliche Ostsee muss eine integrative Meerespolitik mehrdimensional angelegt sein. Sie bedarf

- der horizontalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen,
- der vertikalen Zusammenarbeit zwischen der regionalen, nationalen, der europäischen und der internationalen Ebene,
- der fachübergreifenden Zusammenarbeit von Institutionen,
- der engen Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und allen sonstigen gesellschaftlichen Gruppen.

Im Sinne dieser Vorgaben arbeitet das Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen: Es hat eine Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ eingesetzt, die unter anderem zwei internationale parlamentarische Anhörungen durchgeführt und diese Resolution vorbereitet hat. Dabei haben Politiker und Experten unterschiedlicher Disziplinen die gesamte Bandbreite der Meerespolitik bereichsübergreifend beraten mit der Zielsetzung, zukünftige Chancen zu identifizieren und Entwicklungshindernisse zu überwinden.

Ziel war und ist es, erste Handlungsempfehlungen für eine integrierte Meerespolitik der gesamten Ostseeregion als Querschnittsaufgabe zu entwickeln.

Die Beteiligung von Jugendlichen an den Parlamentsforen der Südlichen Ostsee ist ein erfolgreiches Beispiel für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit in dieser Region. Die Ausgestaltung der Jugendarbeit soll im Hinblick auf deren angemessene Beteiligung weiter diskutiert werden.

I. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee nimmt zu Schwerpunkten der im Grünbuch ausgewiesenen Felder der Meerespolitik und den dabei formulierten Fragen der Europäischen Kommission wie folgt Stellung:

1. Europas Vorreiterrolle auf dem maritimen Sektor erhalten und die Lebensbedingungen in den Küstenregionen optimieren

- Zwischen den zahlreichen sich ergänzenden oder konkurrierenden wirtschaftlichen Nutzungen des Meeres und dem hinreichenden Schutz der Meeresumwelt ist eine Ausgewogenheit herzustellen, die eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Nutzung der Meere ermöglicht.
- Die Wettbewerbsbedingungen zwischen der Seeschifffahrt und anderen Verkehrsträgern – insbesondere dem landgebundenen Güterkraftverkehr – sind im globalen und europäischen Kontext zu harmonisieren. Wenn insbesondere die Umweltwirkungen der unterschiedlichen Verkehrsträger (Internalisierung externer Umweltwirkungen) berücksichtigt werden, könnte daraus resultieren, dass Seeverkehre Kostenvorteile haben.
- Die Seefahrt besitzt strategische Bedeutung für die Europäische Union. Innovative maritime Verkehrstechnologien – wie z.B. integrierte Schiffs- und Terminallösungen mit besonderer Eignung für den kombinierten Verkehr, die Standardisierung von Schiff-Küste-Schnittstellen für den Fähr- und Ro/Ro-Verkehr, effiziente Umschlagtechnologien in Häfen einschließlich informationstechnischer Lösungen, bedarfsgerechte, umweltfreundliche und sichere Schiffs-konzepte und maritime Leit- und Sicherungssysteme – sind weiter zu entwickeln.
- Die Hinterlandverkehrsverbindungen der Seehäfen sollten im Rahmen der Transeuropäischen Netze – Verkehr (TEN-V) stärker berücksichtigt werden.
- Die maritime Logistikwirtschaft ist darin zu unterstützen, über die Entwicklung und den Ausbau logistischer Wertschöpfungsketten sowie die vermehrte Ansiedlung von hafengebundenen Industrie- und Handelsunternehmen in Logistikzentren die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Regionen zu verbessern. Darüber hinaus ist die Wertschöpfung in den maritimen Regionen zu steigern und nachhaltiger zu gestalten.
- Maritime Kooperationen, Netzwerke und strategische Partnerschaften insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen sind im Rahmen der Europäischen Union zu fördern, weil sie Synergiepotenziale erschließen und dazu beitragen, angesichts vermehrter globalisierter Produktionsketten und Logistiknetze im Wettbewerb bestehen zu können, unter anderem durch die Etablierung von maritimen Clustern.

- Meereswissenschaften und Meerestechnologien auch zu marinen Ressourcen sind als thematische Priorität in zukünftige EU-Forschungsrahmenprogramme aufzunehmen. Es ist sicherzustellen, dass die Meeresforschung auch noch im siebten EU-Forschungsrahmenprogramm und in den spezifischen Programmen eine angemessene Berücksichtigung findet. Dadurch soll die Meeresforschung in den Regionen und die darauf aufbauende Netzwerkbildung im Bereich der Meereswissenschaften und -technologien gefördert werden.
- Um mehr junge Menschen für einen Einstieg in maritime Berufsfelder zu gewinnen, ist es notwendig, das maritime Bewusstsein in der Gesellschaft zu fördern und weitere konkrete Maßnahmen durch Werbung für maritime Berufe zu ergreifen.
- Die Ausbildung der Seeleute hat eine lange europäische Tradition und soll einen Schwerpunkt der Kooperation im Südlichen Ostseeraum bilden.
- In Anbetracht dessen, dass die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Fachkräften in der maritimen Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer aktiven Meerespolitik ist, sind vorhandene Aus- und Fortbildungskapazitäten – auch durch interregionale und internationale Zusammenarbeit – quantitativ und qualitativ aufzustocken.
- Dabei sollte die maritime Wirtschaft einbezogen werden. Durch den interregionalen Austausch von Lehrkräften und Ausbildern im Bereich der südlichen Ostsee ist die Einheitlichkeit der Aus- und Fortbildung von Schiffsbesatzungen zu realisieren.
- Die Aspekte einer integrierten Meerespolitik sollten auch bei einer Ausbildung im Rahmen maritimer Berufe verstärkt berücksichtigt werden. Die Stärkung der Potenziale und der Ausbau der Kapazitäten sollte auch durch eine Berücksichtigung in den europäischen Förderprogrammen und eine Finanzierung von Modellprojekten im Bereich der internationalen Kooperation unterstützt werden.
- Die Förderfähigkeit von interregionalen Tourismusprojekten im Rahmen des neuen Ziel 3 der EU-Strukturfonds ist unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips beizubehalten. Die kulturellen, historischen und landschaftlichen Alleinstellungsmerkmale der Regionen sind u.a. als touristisches Potential durch die transregionale Zusammenarbeit auszubauen und zu fördern. Vorschriften im maritimen Tourismusbereich sind grenzüberschreitend zu harmonisieren.

2. Werkzeuge für ein nachhaltiges Meeres-Management

- Es ist eine Harmonisierung der bestehenden Vielfalt politischer und rechtlicher Maßnahmen, Programme und Aktionspläne auf europäischer Ebene – und hier insbesondere im Rahmen der EU-Meeresstrategie Richtlinie – anzustreben. Synergien mit bestehenden Regelungen müssen so weit wie möglich genutzt werden, um die Ziele der Richtlinie zu erreichen und Doppelarbeit zu vermeiden.

- Insbesondere ist die konkrete räumliche und sachliche Abgrenzung ebenso wie eine Verknüpfung der EU-Meeresstrategie-Richtlinie mit bestehenden EG-Richtlinien herbeizuführen.
- Die Aktivitäten der Helsinki-Kommission als Regionalkooperation des Ostseeraumes sind aktiv zu unterstützen, um meerespolitische Initiativen auf nationaler, europäischer und darüber hinausgehender internationaler Ebene anzustoßen.
- Die Konferenz erwartet, dass eine gemeinsame europäische Fischereipolitik die Besonderheiten der Ostsee berücksichtigt und das Prinzip der nachhaltigen – das heißt auf Substanzerhaltung angelegten – Fischerei umgesetzt wird.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen einzuleiten.

- Der Schadstoffeintrag sowie die Eutrophierung der Ostsee sind schneller und deutlicher als bisher durch eine stringente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sowie durch weitere Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft einzudämmen; letztere sind insbesondere durch den Einsatz finanzieller Mittel im Rahmen geeigneter Agrarumweltmaßnahmen zu befördern. Dazu ist es notwendig, Problembewusstsein zu schaffen und die Akzeptanz von Umweltmaßnahmen zu erhöhen.
- In die Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffeintrages sind auch die durch den Schiffsverkehr bedingten Umweltbeeinträchtigungen und eventuell von den militärischen Altlasten ausgehende Gefahren mit einzubeziehen.
- Monitoringprogramme und Messnetze zur Erfassung des Eutrophierungszustandes und des Schadstoffeintrages in die Ostsee sind unter Einbeziehung der Oberlieger der in die Ostsee mündenden Flusssysteme zu standardisieren.
- Die Ostseeanrainerstaaten bedürfen bei ihren Bemühungen um eine Koordinierung zur weiteren Erhöhung der maritimen Sicherheit in der Ostseeregion der Unterstützung der Europäischen Union. Weiter sind die bisher eingeleiteten regionalen und internationalen Maßnahmen konsequent umzusetzen und im Sinne des dritten Maßnahmenpaketes der EU fortzuentwickeln. Dazu gehören auch die Bemühungen um eine nachhaltige Hafenwirtschaft.
- Des weiteren sind Verkehrstrennungsgebiete zu entwickeln. Die Sicherheit ist unter anderem dadurch zu erhöhen, dass die Ausbildung der Seeleute verbessert, die Lotsennahme verstärkt, durchgehende Tiefwasserwege sowie ein Schiffssteuerungs- und Schiffsmeldesystem verbindlich eingerichtet und genutzt werden sowie ein Netz von Nothäfen und Notliegeplätzen als ergänzende Schutzmaßnahmen (APMs) für besonders sensible Seegebiete (PSSA) ausgewiesen wird.
- Zeitliche und mengenmäßige Fangbeschränkungen sowie technische Maßnahmen zur Schonung der Fischbestände sind stärker als bisher an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren. Die Forschungsergebnisse regionaler wissenschaftlicher Einrichtungen sind dabei in die Untersuchungen

einzu beziehen. Politische Kompensationsvereinbarungen, die zu Ausnahmen führen, sind im Interesse einer nachhaltigen Nutzung der Fischbestände zu vermeiden.

- Zur Abschätzung der Folgen administrativer Eingriffe in die Nutzung der Fischbestände sind wissenschaftliche Modellrechnungen einzusetzen. Zur Unterbindung illegaler Fänge und Anlandungen sind praxisorientierte wirksame Kontrollmechanismen zu entwickeln.
- Zum Ausgleich für die von der Europäischen Kommission beschlossenen Reduzierungen der Fangkapazitäten sind die Modernisierung der Fangflotten sowie Investitionen in die fischereiliche Infrastruktur angemessen zu flankieren. Zudem sind mit Unterstützung der Europäischen Union strukturelle Veränderungen einzuleiten, um der Fischerei in der Ostseeregion neue Perspektiven zu eröffnen. Der küstennahe Fischfang ist als Teil des kulturellen und historischen Erbes und wegen seiner touristischen Attraktivität zu schützen und auch mit Blick auf seine arbeitsmarktpolitischen Effekte zu erhalten.

3. Europäische Meerespolitik / Governance

- Für die Entwicklung und effektive Umsetzung einer integrierten Meerespolitik sind geeignete Strukturen zu schaffen, um eine bereichsübergreifende Kommunikation, Koordinierung und Integration zu gewährleisten. Diese Strukturen dürfen nicht nur auf den öffentlichen Bereich beschränkt sein. Der integrierte Ansatz erfordert vielmehr eine Beteiligung aller für den maritimen Bereich relevanten Akteure und deren Vernetzung.
- In Anbetracht des integrierten Ansatzes sind fachübergreifende ständige Arbeitsgruppen zur Europäischen Meerespolitik einzusetzen und miteinander zu vernetzen. Ein best practice Beispiel dafür ist das erfolgreiche Wirken der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik des Parlamentsforums.

II. Im Einzelnen bittet das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. das Europäische Parlament

- die Arbeit der Baltic Intergroup durch eine intensivere Beteiligung von Abgeordneten aus der Ostseeregion effektiver zu gestalten sowie
- eine fachübergreifende parlamentarische Arbeitsgruppe zu einer integrierten europäischen Meerespolitik einzusetzen;

2. die Europäische Kommission

- Sorge dafür zu tragen, dass der vollständigen Implementierung bestehender Rechtsnormen der Vorrang gegenüber der Einleitung neuer Rechtsetzung eingeräumt wird,

- das Grünbuch zur Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union zu einem Weißbuch weiter zu entwickeln und bei dessen Ausgestaltung die regionalen und nationalen Parlamente einzubeziehen,
 - die besonderen Belange der Regionen im Rahmen der integrierten EU-Meerespolitik zu berücksichtigen und zu unterstützen;
- 3. die Regierungen und Verwaltungen der beteiligten Regionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, Sorge dafür zu tragen oder sich dafür einzusetzen,**
- unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips in enger Kooperation mit den Parlamenten Einfluss auf die EU-Meerespolitik zu nehmen,
 - die unter Punkt A Ziffer I.1. enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen,
 - die unter der Ziffer I.3. als notwendig erachteten Strukturen zur Entwicklung und effektiven Umsetzung einer integrierten Meerespolitik auch auf nationaler und regionaler Ebene einzurichten,
 - gemeinsame Ausbildungsgänge und Programme für maritime Berufe zu implementieren,
 - die EU-Meerespolitik in die Arbeitsprogramme der nationalen Regierungen und des Ostseerates (CBSS) aufzunehmen und die bestehenden Ansätze zur Clusterbildung zu unterstützen und transnational miteinander zu vernetzen.

III. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- empfiehlt den beteiligten Parlamenten, die weitere Aufarbeitung dieser Thematik in fachübergreifenden Arbeitsgruppen oder Gremien fortzusetzen,
- wird die vorliegenden Ergebnisse in die Regionalkonferenz der BSSSC zur Europäischen Meerespolitik im Ostseeraum am 20. und 21. September in Kiel einbringen sowie
- durch die Fachausschüsse seiner Mitgliedsparlamente eine Evaluierung der Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit zeitnah durchführen und
- dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern für die Bereitschaft, das V. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 21. und 22. Mai 2007 mit dem Schwerpunkt „Tradition und Innovation im Ostseeraum“ auszurichten.

B. Für eine zukünftige integrierte Jugendpolitik in der Ostseeregion

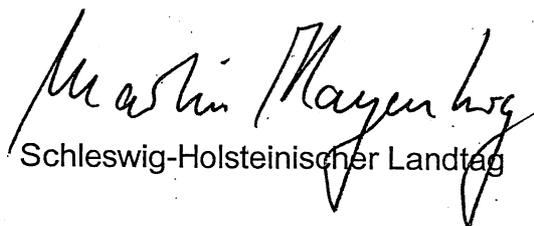
Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht die Notwendigkeit, den für die Meerespolitik herausgearbeiteten integrierten Politikansatz auch auf den Bereich der Jugendpolitik zu übertragen und eine integrierte Jugendpolitik für die Ostseeregion zu entwickeln.

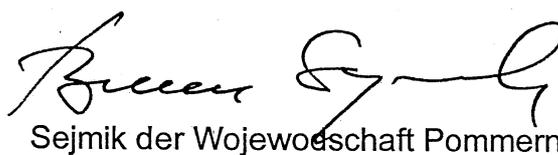
Auch eine integrierte Jugendpolitik muss – in dem unter A. dargelegten Sinne – mehrdimensional angelegt sein. Dies bedeutet insbesondere, dass bei Entscheidungen in allen Politikfeldern die Auswirkungen auf die Jugend als ein zentraler Faktor und als Rückgrat der zukünftigen Gesellschaft in Betracht gezogen werden müssen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee setzt eine Arbeitsgruppe ein, die den Leitgedanken einer integrierten Jugendpolitik in Kooperation mit anderen Institutionen in der Ostseeregion, die dieses Ziel verfolgen, in Vorbereitung der nächsten Konferenz weiter vertieft und konzeptionell entwirft.

In der Arbeitsgruppe sind neue und weiterführende Formen und Ansätze zu diskutieren und zu entwickeln. Dabei soll auf den guten Erfahrungen des Hospitationsprogramms im Rahmen einer Evaluierung aufgebaut werden.

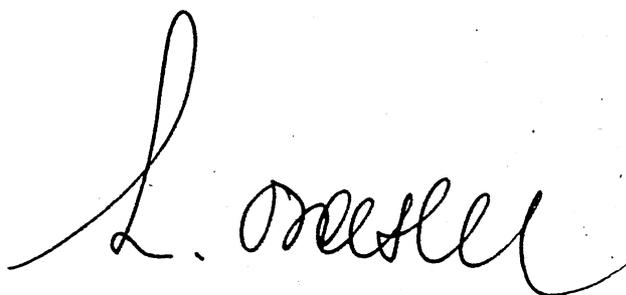
Ziel soll sein, Jugendliche weiterhin an der Arbeit des Parlamentsforums in angemessener Form zu beteiligen.


Schleswig-Holsteinischer Landtag


Sejmik der Wojewodschaft Pommern



Landtag Mecklenburg-Vorpommern



Sejmik der Wojewodschaft Westpommern